

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei E. S. Alrid & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streisand,
in Referat bei H. Matthias,
in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.
Cinundneunzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei E. S. Paube & Co.,
Haafenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Gdrlitz
beim „Invalidentank“.

Nr. 134.

Freitag, 22. Februar.

1884.

Das Abonnement auf dieses Blatt...
(siehe den Anzeiger für die Stadt
Posen 4/4 Marz, für ganz Deutschland 6 Marz 84 Pf.
Wepfehlungen nehmen alle Postanstalten des hiesigen
Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Zeile...
(siehe den Anzeiger für die Stadt
Posen 4/4 Marz, für ganz Deutschland 6 Marz 84 Pf.
Wepfehlungen nehmen alle Postanstalten des hiesigen
Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 21. Febr. Der König hat dem Kanzleirath im Ministerium für Handel und Gewerbe, Pöschel, den Charakter als Geheimer Kanzleirath verliehen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

52. Sitzung.

Berlin, 21. Februar. Am Ministertische: v. Puttkamer, Geh. Rath Haase u. A.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Das Haus tritt in die zweite Berathung der Provinzialordnung für Hannover.

Artikel 1 führt die Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 in die Provinz Hannover ein. Für die alten §§ 9 bis 15 und 22 setzt die Kommissionsvorlage neue Paragraphen ein.

Die Abg. Dr. Windthorst und v. Lenthe verlangen Ablehnung dieses Artikels und beantragen, die Regierung aufzufordern, dem Landtage demnächst den Entwurf einer Provinzialständischen Verfassung, wie solche durch die königliche Verordnung vom 22. August 1867 im Gebiete des ehemaligen Königreichs Hannover geordnet ist, soviel die Zusammenziehung des Provinziallandtages betrifft, zur Grundlage nimmt, und daran nur dasjenige ändert, was nöthig ist, um die künftige Provinzialordnung der neuen Organisation der Landesverwaltung anzupassen.

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragen dieselben Abg.:

In Artikel I sub Nr. 1 der Kommissionsvorlage hinter den Worten „der Provinziallandtag besteht aus“ einzufügen:

- „dem Herzoge von Arenberg,
dem Herzoge von Loos-Gorswaaren,
dem Fürsten von Bentheim-Steinfurt,
so lange dieselben im Besitze ihrer in der Provinz belegenen Standesherrschaften sich befinden,
dem Grafen zu Stolberg-Wernigerode,
dem Grafen zu Stolberg-Stolberg,
beide wegen der Grafschaft Hohnstein,
dem Grafen Marschall von Hannover,
so lange derselbe im Besitze des dieses Amt bedingenden Majorats ist,

außerdem aus.“
Abg. Köhler: Nachdem § 24a der Kreisordnung gestern angenommen worden, wußte ich, daß damit das Schicksal der Provinzialordnung besiegelt war. Meine Fraktion hat einstimmig für die Vorlage des Ministers gegen § 24a gestimmt, wir sind auch heute für die Provinzialordnung in der von der Regierung vorgelegten Fassung, wir müßten jedoch mit Engländern reden, wenn es uns möglich werden soll gegen die Koalition der Konservativen und des Zentrums, wie sie sich gestern gezeigt, erfolgreich anzulämpfen.

Die Aenderungen, die die Kommission in Bezug auf den Provinziallandtag vorgenommen hat, sind ein Ausfluß der Meinung des Provinziallandtages, der aber in dieser Sache kein objektiver Gewährsmann ist. Sein Urtheil ist ein rein subjektives, der Provinziallandtag, der über Leben und Tod seiner selbst zu entscheiden hatte, ist natürlich befangen. Hannover selbst aber will die Vorlage wie sie von der Regierung gemacht worden. Ich bitte Sie daher um Ablehnung der Kommissionsvorlage. Ueber den Antrag Windthorst auf Ablehnung der Provinzialordnung brauche ich wohl kein Wort weiter zu verlieren.

Abg. v. Rauchsaupt: Wenn wir den Vorschlägen der Kommission zustimmen, so bedeutet das keineswegs eine reaktionäre Maßnahme. Wir wollen die ländlichen Grundbesitzer zum Provinziallandtage mit heranziehen. Der frühere Führer der National Liberalen Herr v. Bennigsen hat sich für diese Vorschläge des Provinziallandtages ausgesprochen und sein Urtheil hat wohl einen gewissen Werth, da er Bundesdirektor von Hannover ist. Wir wollen allerdings eine Vertretung der großen Interessengruppen in höherem Sinne im Provinziallandtage, nicht eine Vertretung in dem kleinen Gesichtspunkte der Kreisinteressen. Schon die alte Provinzialordnung hat empfunden, daß die Wahl eines oder zweier Abgeordneten des Kreises ein Konfess sei. Es ist doch ein wesentlicher Unterschied, ob ich einzelne Kreistage zu einem Landtage oder ob ich mehrere Interessengruppen zu einem Provinziallandtage vereinige. Dieses letztere wollen wir und deshalb stimmen wir für die Kommissionsvorlage.

Minister v. Puttkamer: Die Regierung muß der Vorlage der Kommission sehr große Bedenken entgegensetzen. (Hört, hört.) Schon 1875 hatte die Regierung sich lange und eingehend mit der Frage beschäftigt, wie die Repräsentation der Provinz zu schaffen sei, und sie hat erkannt, daß es am Besten ist, den Provinziallandtag zusammenzufassen als Repräsentation der Provinz: er muß also hervorgehen aus der Wahl der Kreistage. Dieser Anschauung, die die Regierung noch heute vertritt, haben sich damals die Konservativen, an ihrer Spitze Abg. v. Brauchitsch sehr energisch angeschlossen — heute stellen sie sich durch die Rede des Abg. v. Rauchsaupt in diametralem Gegensatz zu ihrer damaligen Auffassung. Abg. v. Rauchsaupt hat heute nur die Gründe wiederholt, die der Provinziallandtag geltend gemacht. Auch ich würde ja sehr bedauern, wenn im hannoverschen Provinziallandtage der Großgrundbesitz unvertreten bliebe. Aber das wird keineswegs der Fall sein, er wird im hannoverschen Landtage vertreten sein, wie er auf Grund derselben Ordnung in den Landtagen der anderen Provinzen vertreten ist. Und ebenso wie der Großgrundbesitz sind von der Regierungsvorlage doch auch die Städte betroffen und diese Städte treten, wie wir sehen, nicht gegen die Vorlage ein. Aus all diesen Gründen kann ich die Motive für die Kommissionsvorlage nicht für überzeugend genug halten, um deshalb auf die Regierungsvorlage zu verzichten. (Beifall links.)

Abg. v. Seede: Man würde, wenn man für Hannover aus ganz unzutreffenden Gründen in dieser Provinzialordnung Sonderbestimmungen treffen wollte, zu Gunsten einer Provinz partikularistische Politik treiben, deren Konsequenzen sich für die anderen Provinzen sehr bald geltend machen würden. Der jetzige für die alten Provinzen übliche Modus der Zusammenziehung der Provinziallandtage genügt vollkommen auch den Interessen des Großgrundbesitzes in Hannover. Ein Ausgleich der divergirenden Interessen soll im Kreistage erzielt werden, der Provinziallandtag aber soll über den Einzelinteressen stehen und das Gesamtinteresse der Provinz im Auge haben. Ich bitte

Sie aus diesen Gründen, nicht an einer Institution zu rütteln, die in den östlichen Provinzen sich so wohl bewährt hat; machen Sie dem Partikularismus in Hannover, den die Mehrzahl der hannoverschen Abgeordneten nicht billigt, keine Konzessionen und stimmen Sie deshalb gegen die Vorschläge der Kommission. (Beifall.)

Abg. Lauenstein: Zunächst will ich mich gegen den Antrag des Abg. Dr. Windthorst erklären, der die alte Provinzialordnung von 1867 beizubehalten wünscht. Diese Provinzialordnung ist aber keineswegs als gut anzuerkennen. Sie begünstigt die Ritterschaft und ist in dieser Beziehung durchaus eine feudale Einrichtung. Vor Allem aber ist sie von vornherein als ein Provisorium, als eine unvollständige Provinzialordnung bezeichnet worden. Soll man auf einer so defekten Grundlage nun ein neues Gebäude aufbauen? Ich bitte Sie dringend, den Antrag des Abg. Dr. Windthorst abzulehnen. — Im Gegensatz zu meinen Fraktionsgenossen erkläre ich mich für die Kommissionsvorlage; ich gehöre sogar zu ihren Miturhebern im Provinziallandtage. Mit Unrecht hat man den Vorschlägen des Provinziallandtages den Vorwurf gemacht, sie wollten ständische Prinzipien verfechten. Das ist völlig unrichtig, aber in Hannover liegen doch nun einmal die Verhältnisse anders als in anderen Provinzen. In Hannover überwiegt eben der kleine Grundbesitz und kleine Kreise sind sehr zahlreich vorhanden, so daß der Provinziallandtag, wenn er nach den Bestimmungen der Regierungsvorlage sich zusammensetzt, ein sehr bäuerliches Ansehen erlangen wird. Man braucht gegen die bäuerlichen Grundbesitzer kein Mißtrauen zu haben und kann doch glauben, daß bei der jetzigen Verbreitung des Agrarierthums der bäuerliche Grundbesitz sein Uebergewicht ausüben wird. Andererseits aber muß man auch fürchten, daß die bäuerliche Bevölkerung sich gegen den landrätlichen Einfluß nicht widerstandsfähig genug erweisen wird, und daß in Folge dessen viele Landräthe in den Provinziallandtag gewählt werden könnten. Gegenüber der Aeußerung des Herrn Ministers muß ich betonen, daß ich im Provinziallandtage entschieden eine bessere Vertretung der Städte gewünscht habe. Es muß doch für alle drei Interessengruppen eine genügende Vertretung geschaffen werden.

Abg. Dr. Hänel: Sämtliche Argumente des Herrn Ministers gegen die rechte Seite dieses Hauses kann ich zu meiner Befriedigung ganz und gar für mich akzeptieren. Die Reden der hannoverschen Abgeordneten hier im Hause heben sich völlig auf, ebenso wie die Meinungen des Herrn v. Bennigsen 1882 und 1883. Daß der Provinziallandtag sich nicht gegen sein Interesse entscheiden wird, ist doch natürlich und kann hier nicht ausschlaggebend sein. — Der Abg. Lauenstein hat eigentlich Unrecht gegen den Abg. Windthorst so scharf aufzutreten; der Antrag Windthorst erscheint mir immer noch besser als der Kommissionsantrag, denn der letztere will doch wenigstens etwas Harmonisches schaffen, während die Kommissionsvorlage den Grundgedanken der Provinzialordnung bezüglich der Wahlverbände aufhebt. Ich habe stets geglaubt, daß kommunale Verbände, wenn sie höhere Kommunalverbände über sich anerkennen sollen, die Wahl dieser höheren Verbände ausüben müssen. Deshalb muß auch der Provinziallandtag aus der Kreisvertretung hervorgehen. — Nun hat man gesagt, es werden sehr viel Landräthe gewählt werden, weil die bäuerlichen Grundbesitzer nicht resistent genug gegen landrätliche Beeinflussung sein würden. Ich glaube im Gegentheil, sie werden Resistenzkraft genug beweisen — aber thun sie es nicht, so kann man ja vorschlagen, daß Landräthe nicht wählbar sein sollen. (Heiterkeit.) Aber all diese Gedanken entspringen nur einem Mißtrauen gegen die bäuerlichen Grundbesitzer — ist es denn aber so schlimm, wenn der bäuerliche Besitz im Provinziallandtage stark vertreten ist? Doch keineswegs! Wer trägt denn die Lasten der Selbstverwaltung? Der Großgrundbesitz doch keineswegs mehr als der bäuerliche. Alle Gründe also, die von den Konservativen geltend gemacht worden sind, halten nicht Stich. Ich bitte daher um Ablehnung der Kommissionsvorlage. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst: Ich hoffe, daß der Herr Minister noch nicht sein letztes Wort gesprochen haben wird und daß wir nach reiflicher Prüfung hier noch das Rechte finden werden. Die Frage ist ja, ob bei der neuen Provinzialordnung von den Grundfragen abgewichen werden soll, die in der Provinzialordnung für die anderen Provinzen niedergelegt sind und die nach der Erklärung des Herrn Ministers auf reiflicher Ueberlegung und sorgfältigster Prüfung beruhen. Bei der Berathung der Kreisordnung hat der Minister sich allerdings ohne Bedenken für eine Aenderung durch Nichteingeführung der Amtsvorsteher ausgesprochen und erklärt, daß auch eine Selbstverwaltung stets auf aristokratischen Elementen beruhen müsse, wenn diese auch nicht ablig sein müßte. Die Provinzialordnung ist nun ein wesentliches Stück der Selbstverwaltung und es entsteht so die Frage, wie der Provinziallandtag zusammengesetzt sein soll, und ob die Regierungsvorlage auch die Vertretung des aristokratischen Elements in Hannover genügend sichert. Ich antworte, mit nichten. Der Großgrundbesitz in Hannover ist im Verhältnis zum Kleingrundbesitz nur sehr spärlich vertreten, so daß man schon a priori eine genügende Berücksichtigung desselben nicht erwarten kann. Doch auch a posteriori zeigt sich dies. — In der ersten Kammer, die mit Ausschluß des aristokratischen Elements gebildet war, wurde auch gesagt, wenn die Großgrundbesitzer sich nur richtig zur Bevölkerung stellen würden, so würden sie auch gewählt werden; es ist dennoch nicht eingetreten, und auch die Remedialversuche der Kammer und des Provinziallandtages sind abgelehnt oder ohne Erfolg geblieben. Ich bin der Ueberzeugung, es wird in Hannover noch Generationen dauern, ehe die kleinen Grundbesitzer zu großen werden. — Auch in der Amtsvertretung, die auf denselben Grundlagen aufgebaut ist, wurde des öfteren aus den Kreisen der Kleingrundbesitzer der Wunsch ausgesprochen, daß mehr Vertreter des großen Grundbesitzes und des Adels in die Amtsvertretung gewählt werden möchten, weil man sonst nicht im Stande sei, über alle in der Amtsversammlung erörterten Angelegenheiten mit zu verhandeln. Erst durch das Verdienst des Grafen Born sind diese Wünsche zur großen Befriedigung der Bauern ein wenig mehr erfüllt. Wenn nun sowohl a priori als nach der Erfahrung die Herren nicht in die Vertretung hineinkommen, so muß durchaus etwas erfunden werden, das ihre Anwesenheit ermöglicht und sichert; sonst würde die Wortführung leicht in die Hände der Vertreter der mit selbständigen Kreisbefugnissen versehenen Stände und in die Hände einer großen Zahl Landräthe kommen. Ich halte allerdings die Institution des alten brandenburgischen Landrathes für eine sehr glückliche und wünsche wohl, daß sie wieder ins Leben zurückgerufen würde. Jetzt allerdings ist durch das Uebermaß staatlicher und politischer Geschäfte und das politische Treiben, in das die Landräthe auch gegen ihren Willen hineingezogen werden, diese patriarchalische Stellung

verdorben, und wenn Herr Hänel meint, die Landleute würden schon wissen, ob sie die Landräthe wählen sollten oder einen andern, dann sage ich, der Landrath hat die Bauern in der Hand und eine Hand wäscht die andere. — Daß die Provinzialinteressen nun von den Eingelassenen Hannovers selbst wahrgenommen werden, liegt sowohl im Interesse der Provinz als der Regierung, denn das Urtheil der Beamten kann jetzt bei dem besten Willen kein ungetrübtes sein. Ebenso wichtig ist es, daß auch für die Vertretung der städtischen Interessen, namentlich der kleinen Städte im Verhältnis zur Vertretung der ländlichen Angelegenheiten genügend Sorge getragen wird. Dafür bietet aber die Vorlage der Kommission das beste Material, während bei der Regierungsvorlage stets die ländlichen Besitzer die Majorität haben würden. Diese gleichmäßige Vertretung ist sowohl wirtschaftlich wichtig, damit alle die verschiedenen wirtschaftlichen Interessen zur Sprache kommen können, als auch politisch, um die wesentlichste soziale Aufgabe der Zeit zu erfüllen, nämlich die Fraktionen zwischen Groß- und Kleingrundbesitzern und zwischen Adel und bürgerlichem Besitz zu beseitigen oder doch zu temporären und so dem Staate eine wichtige Stütze zu sichern. Jetzt aber ist bei den großen Gegensätzen in Hannover ein einträchtiges Wirken noch niemals zu Stande gekommen. Ich frage daher nochmals, ob die Abgeordneten und der Herr Minister auch vollkommen sicher sind, daß bei dem vorgeschlagenen Wahlmodus die Großgrundbesitzer in genügender Zahl in den Provinziallandtag kommen werden. Auch in den alten Provinzen, fürchte ich, wo die neue Provinzialordnung noch durchaus nicht so feste Wurzeln geschlagen hat, wird sie, wie schon in der Provinz Sachsen, den Erfolg haben, daß die Großgrundbesitzer immer mehr aus dem Provinziallandtage verschwinden. Die Provinzialordnung, welche 1867 von der Regierung für Hannover eingeführt wurde, um dem bestehenden Bedürfnisse abzuhelfen, hat sich sehr wohl bewährt; warum will man denn das Gute verwerfen? Weil darin das Standesprinzip wieder zum Vorschein kommen würde? Die Stände der verschiedenen Grundbesitz sind doch aber ganz naturgemäß; von den alten Ständen ist dagegen gar keine Rede. Von Seiten eines konservativen Ministers macht sich auch dieser Einwand ein wenig überraschend. Ich glaube daher, daß durch den Kommissionsantrag wohl das Richtige getroffen wird, und bitte, denselben anzunehmen, einerseits um Hannover auf konservativem Boden zu erhalten, andererseits weil er die Möglichkeit bietet, daß die verschiedensten Interessen des Landes in richtiger Weise zur Geltung kommen.

Abg. Dr. Gneist: Der Standpunkt meines Herrn Vorredners ist mir vollständig unverständlich. In der Theorie hat er ja recht, eine solche Vereinigung der verschiedenen Stände herbeizuwünschen, aber in Wirklichkeit würde dieselbe keine Erfolge haben, eine Schale ohne Kern sein. Die Aufgabe des Provinziallandtages ist ja nicht, hohe staatliche Interessen zu vertreten, auf deren Boden eine Einigung zu erzielen wäre, sondern er hat sich lediglich mit den Interessen der Provinz, Schausseer und Wegbauten, Armenhäusern u. s. w. zu beschäftigen. Die Herren von der Rechten sollten doch jetzt einmal den Balken in dem eigenen Auge sehen und nicht bloß den Splitter im Auge der Liberalen, denen sie immer Parlamentarismus und Partikularismus vorwerfen, während sie ihn selbst treiben. Wenn aber von historischen Verhältnissen gesprochen wird, so sollte man doch gerade daran denken, daß gerade die deutschen Ritter und Bürger die schlimmsten Parlamentarier, die Bürger die schlimmsten Partikularisten gewesen sind, die nichts weiter berücksichtigten, als was innerhalb ihrer Thüre war und nur nach Privilegien strebten. Es scheint mir überhaupt ganz müßig, hier darüber zu verhandeln, von wem die Mitglieder des Provinziallandtages gewählt werden. Die Kreis- und Provinzialordnung soll doch vor Allem nur einen festen, gemeinschaftlichen Boden für die Provinzen schaffen, aber keineswegs hat sie es zu thun mit den letzten Aufgaben des Provinziallandtages, Wegebau oder Armenhäuser. — Durch die Kommissionsvorlage werden alle Kreise auseinandergerissen, um sie dann wieder zu versöhnen. Dann aber werden die Kompromisse nur zu Gunsten von Sonderinteressen zu Stande kommen, und nicht mehr städtische oder bäuerliche Vertreter in den Provinziallandtag kommen. Diese Verhältnisse haben sich schon in den alten Reichskreisen des deutschen Reiches gezeigt. Es entstehen Zwietracht und Uneinigkeit zwischen Ritterschaft und Bürgermeistern, welche nur zu Kompromissen führen können, die die Rechte der Bauern verletzen können. Versallen Sie also nicht wieder in diese alten Sünden, indem sie solche Anachronismen annehmen. (Beifall links.)

Abg. v. Meyer-Warndorpe: Ich komme dem Verlangen des Herrn Dr. Gneist sehr gerne nach, und sehe sehr wohl den Balken in meinem Auge. Aber ich stimme doch für den Antrag der Kommission, ja ich gehe sogar noch weiter als Herr v. Rauchsaupt, indem ich erkläre, daß mich dieser Antrag sehr angenehm berührt hat. Es ist von der Regierung immer betont worden, daß man doch in Hannover nicht anders organisiren könne, als in den östlichen Provinzen; da ist es mir unverständlich, warum in der Kreisordnung dazu der Versuch gemacht wurde. Ich glaube wohl, man hätte einfach die Kreis- und Provinzialordnung der östlichen Provinzen auf die anderen übertragen können; allerdings dürfte man nicht mit Hannover beginnen, sondern vielleicht mit Holstein, Hessen-Nassau, und dann etwa Rheinland. Freilich haben die Rheinländer das Vorrecht, beim Schoppen über Alles zu raisonniren (Heiterkeit); aber das ließe sich wohl ertragen. — Was endlich die ständischen Reminiscenzen anlangt, so trete ich nicht bloß dem Antrage der Kommission, sondern auch dem Antrage Windthorst bei, und kann nur bitten, den Antrag der Kommission anzunehmen. (Beifall.)

Abg. v. Dziewbowski (freikonservativ): Meine politischen Freunde und ich können uns nicht entschließen, von dem System der Provinzialordnung in den alten Provinzen abzugehen und wollen durchaus für Hannover keine Provinzialordnung konstituiren, die leicht auf das ständische System zurückzuführen könnte. Eine ständische Ordnung in Staat oder Provinz ist stets unvereinbar mit dem Prinzip der Selbstverwaltung und an dieser Beschgebung der Selbstverwaltung wollen wir nicht rütteln, sondern sie intakt halten. Ich bitte Sie daher, die Kommissionsvorlage anzunehmen. (Beifall.)

Die Debatte wird geschlossen.
In persönlicher Bemerkung erklärt Abg. v. Cynern, das Recht zu raisonniren sei nicht, wie Herr v. Meyer meine, ein Vorrecht der Rheinländer, sondern ein allgemeines Recht aller Menschen. (Große Heiterkeit.)

Präsident v. Köller: Herr v. Cynern, ich muß Sie bitten, hier nicht im Namen der Rheinländer zu sprechen. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag Windthorst wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen abgelehnt.

Bei § 9 der Kommissionsvorlage ergreift das Wort:

Abg. Dirichlet: Wenn wir einmal bei einer Feuerpolitischen, zollpolitischen oder ähnlichen Vorlage von einer Divergenz der Interessen des großen und kleinen Grundbesitzes sprechen, dann wird uns sofort vorgeworfen, wir wollen Zwietracht und Uneinigkeit säen; jetzt ist diese Divergenz sogar in Paragrafen gefasst (Unruhe rechts). Wenn Herr v. Rauchhoubt meint, diese Divergenz trete stets bei den Wahlen zu Tage, so ist das ganz und gar nicht der Fall. Es wird niemals gefragt, ob der zu Wählende dem kleinen oder großen Grundbesitz angehört, sondern nur, wie er sich im kommunalen Leben bewährt hat. Wenn Herr Dr. Windthorst durchaus Stände haben will, so halte ich es für richtiger, auf die historischen Stände zurückzugreifen, auf denen wenigstens schon der Kopf der Zeit liegt; solche neu geschaffenen, mit Poudre de riz besetzten Stände machen sich sehr selten und haben keinen Zweck. Auch was die genügende Vertretung der wirtschaftlichen Interessen anlangt, kann ich § 9 nur ablehnen und mich für die Regierungsvorlage erklären (Beifall).

Die Diskussion wird geschlossen und der Zusatz-Antrag Windthorst's v. Lenthe abgelehnt.

§ 9 der Kommissionsvorlage wird sodann in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen die Konservativen, Zentrum und Polen, sowie von den National-liberalen die Abgg. Lauenstein und Ludowieg.

Damit sind auch die §§ 10-15 und 22 der Kommissionsvorlage gefallen.

Darauf wird der Antrag des Abg. Dr. Köhler, in Artikel 1 statt „40 000“ zu setzen „30 000“ und des Abg. Tannen vor den Worten „zu Wahlbezirken“ einzuschalten, „unter Zustimmung der betreffenden Kreistage“ ebenfalls abgelehnt.

Artikel 1 wird sodann nach der Regierungsvorlage unverändert angenommen.

Der Artikel führt die Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 in Hannover ein und bestimmt:

Zum Provinziallandtag werden für jeden Kreis mit weniger als 40 000 Einwohnern ein Abgeordneter, für jeden Kreis mit 40 000 bis zu 80 000 Einwohnern zwei Abgeordnete und für jeden Kreis, welcher die Einwohnerzahl von 80 000 erreicht, drei Abgeordnete gewählt. Für jede fernere Vollzahl von 50 000 Einwohnern tritt ein Abgeordneter hinzu. Dem Provinziallandtage bleibt es überlassen, durch statutarische Anordnung zwei angrenzende Landkreise, welche nur je zwei Abgeordnete zu wählen haben, oder deren einer nur einen und der andere nur zwei Abgeordnete zu wählen hat, sowie zwei oder drei derjenigen Landkreise, welche nur je einen Abgeordneten zu wählen haben, zu Wahlbezirken zu verbinden und die Wahlorte zu bestimmen. Die Wahlbezirke wählen diejenige Zahl der Abgeordneten, welche gemäß Absatz 1 auf die zusammengelegten Kreise trifft.

Die folgenden Artikel werden ohne Diskussion angenommen, die Beratung einer Resolution der Abgg. v. Benda und Genossen auf die nächste Sitzung verschoben.

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Dritte Beratung der Kreis- und Provinzialordnung für Hannover.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 21. Febr.

Nachdem der Reichstag durch kaiserliche Verordnung zum 6. März einberufen worden ist, treten verschiedene Fragen, welche in der letzten Zeit außerhalb des Gesichtskreises sich befanden, wieder mehr in den Vordergrund. So wird es jetzt nach einer Mitteilung der „Kr. Ztg.“ an den zuständigen amtlichen Stellen als zweifellos angesehen, daß die Grundsteinlegung für das neue Reichstagsgebäude nunmehr am 22. März, am Geburtstag des Kaisers, erfolgen werde.

Der Großfürst Michael Nikolajewitsch von Rußland wird am 26. d. M. früh 6 Uhr 30 Minuten von Petersburg kommend in Berlin zu mehrtägigem Aufenthalte eintreffen und in der russischen Botschaft Wohnung nehmen. Zugleich mit dem Großfürsten kommt eine Deputation des russischen Infanterie-Regiments „Raluza“, dessen langjähriger Chef bekanntlich Kaiser Wilhelm ist. Diese Deputation wird im Auftrage des Kaisers Alexander dem Kaiser Wilhelm die Glückwünsche ihres Souveräns zum 27. Februar überbringen. An diesem Tage vor 70 Jahren erhielt der Kaiser die 4. Klasse des russischen St. Georgs-Ordens.

Ueber die Zahl der nicht bewilligten Dispensgesuche von Geistlichen berichtet die „Köln. Ztg.“, daß die Schätzungen zwischen 300 und 400 variiren; ausgeschlossen von den Wohlthaten des Dispensparagrafen des Revisionsgesetzes sind lediglich die Zöglinge der auswärtigen Jesuitenschulen.

Betreffs der Handhabung des Kolportage-Paragrafen bringt der „Anhalter Kurier“ aus Bernburg folgende Mitteilung:

„Was sagt der gesunde Menschenverstand dazu, wenn einem Kolporteur von den Schriften, die ihm feilich Erwerb schaffen, die hiesige Polizei plötzlich nicht weniger als 15 einfach als hier verboten wegträgt? Was sagt er dazu, wenn er erfährt, daß sich unter diesen Schriften „Schors's Familienblatt“ befindet und daß der betreffende Beamte auf die Bemerkung des Kolporteurs, daß dieses sowie einige andere Schriften in Leipzig gekatet seien, erwidert: „Was geht uns Leipzig an?“ Was sagt er endlich dazu, daß ein Theil dieser gestrichenen Schriften einem Konkurrenten des Kolporteurs zu führen gestattet sind weil derselbe nicht hier, sondern in Peissen wohnt und seine Genehmigung also, statt der Polizei, der hiesigen Kreisdirektion einzureichen hatte, welche etwas Anstößiges nicht entdecken konnte?“

London, 21. Febr. Aus Kharthum wird der „Times“ gemeldet: Gordon verbrannte die Bücher, in welchen die Steuerrückstände verzeichnet waren, sowie alle Geräte, welche bei der Bastonade gebraucht worden. Er hat einen aus Arabern (jedoch nicht aus Notabeln) bestehenden Rath gebildet, das Hospital und das Gefängniß besucht und alle diejenigen, welche in ungesetzmäßiger Weise gefangen gehalten werden, freigelassen. Die Stadt wurde glänzend beleuchtet durch die Eingeborenen und Neger, welche alle von Gordon entzündet sind. Ueber den Empfang des Generals in Kharthum wird ausführlicher Folgendes berichtet:

„Tausende drängten sich heran, um seine Hände und Füße zu küssen, und begrüßten ihn als den „Sultan des Sudans“. Seine Ansprache an das Volk wurde mit Begeisterung aufgenommen. Er sagte: „Ich komme ohne Soldaten, aber mit Gott auf meiner Seite, um den Uebeln des Sudans abzuhelfen. Ich werde mit meinen Waffen, sondern mit Gerechtigkeit kämpfen. Es soll keine Beschöpfung mehr geben.“ Seitdem die Bevölkerung gehört, daß er kommt, hat sich der Affect so verändert, daß keine Aufregungen mehr in der Stadt beobachtet werden. Die Leute sagen, daß er ihnen mehr gebe als selbst der Madbi geben könnte. Er versendet Proklamationen nach

allen Richtungen. So groß ist der Einfluß eines einzigen Mannes, daß nicht länger mehr irgend welche Befürchtungen für die Garnison oder die Bevölkerung von Kharthum gehegt werden.“

Die Stelle in der Proklamation des Generals, welche den Sklavenhandel als erlaubt erklärt, ist bereits nach dem „Neuer'schen Bureau“ im Wortlaut mitgetheilt worden. „Ein Jeder, der Dienboten besitzt, kann diese als sein Eigenthum betrachten und verkaufen.“ Wie das zu verlegen, geht aus folgendem Schreiben hervor, welches Gordon im Jahre 1877, als er General-Gouverneur des Sudan war, nach England schickte:

„Dieser Sklavenhandel ist ein sehr übles Ding und es ist schwer, damit aufzuräumen. Ich muß es zulassen, daß die Sklaven von meinen Gehilfen, von meinen Soldaten oder von den Kaufleuten in Besitz genommen werden; es giebt keinen Ausweg. Wenn ich sie freilasse, so werden sie auf allen Seiten gefangenommen; ein freigeschaffener Sklave ist wie ein verlorenes Schaf das Eigenthum dessen, der ihn findet. Man muß das in Erwägung ziehen, was dem Individuum am ersprießlichsten ist, nicht das, was nach dem Urtheile Europas das Beste scheint; der Sklave ist der Duder, nicht Europa. . . Ich könnte die Sache auf sich beruhen lassen, bis die Lösung sich von selbst findet, d. h. ich könnte die Sklaven in dem Zustande lassen, in welchem sie sich befinden. Allein ich würde so die Ursache sein, daß dieselben schwere Leiden erdulden und vielleicht die Hälfte von ihnen getödtet würde. Soll ich ein Feigling sein und dies thun, aus Furcht vor dem, was das schlecht unterrichtete Europa darüber sagen möchte? Nein, ich will den Transport zu einem legitimen machen, mag man sagen, was man will. . . Man verleihe mich. Wenn es mir passend erscheint, werde ich Sklaven kaufen. Ich werde gefangene Sklaven nach Egypten hinuntergehen lassen und sie nicht belästigen, und ich will in Bezug auf die heimischen Sklaven thun, was mir gefällt und was Gott in seiner Güte mir zu thun befehlen mag; aber ich will den Sklavenjagen ein Ende machen, koste es auch mein Leben. Ich werde Sklaven für meine Armee kaufen und gegen ihren Willen Soldaten aus ihnen machen, um die Sklavenjagen zu verhindern. . . Das einzige Mittel ist, die Sklavenjagen an der Grenze zu unterdrücken.“

Die „Pall Mall Gazette“, welche an dies Schreiben erinnert, zieht daraus den Schluß, daß Gordon die allmähliche Emanzipation der Sklaven will durch Registrierung derselben, strenge Kontrolle über den Sklaventransport und durch schonungslose Ausrottung der Sklavenjäger.

Petersburg, 21. Febr. Durch kaiserliche Ufaze vom gestrigen Tage an den Senat werden ernannt: der bisherige Botschafter in Berlin, v. Saburow, zum Senator unter Belassung im Ressort des Ministerium des Auswärtigen, Fürst Orloff zum Botschafter in Berlin, v. Rohrenheim zum Botschafter in Paris, Schischkin, bisher in Athen, zum Gesandten in Stockholm.

Kairo, 21. Febr. Zwei englische Infanterie-Regimenter und zwei von englischen Offizieren befehligte ägyptische Bataillone werden nach Assuan abgeschickt.

Newyork, 20. Febr. In dem 8 Meilen von Connelville (Pennsylvanien) befindlichen Bergwerke hat eine Explosion stattgefunden. Während der Katastrophe befanden sich 75 Bergleute in der Grube. Bis jetzt sind 12 Personen gerettet, die Mehrzahl derselben ist sehr schwer verletzt; außerdem sind 29 Leiden aufgefunden worden. — Im Süden und Südosten der Vereinigten Staaten hat gestern Abend ein heftiger Tornado gewüthet und sehr großen Schaden angerichtet, namentlich in Georgien, Alabama, Nord-Carolina und Süd-Carolina. Eine erhebliche Anzahl Menschen ist theils getödtet, theils schwer verletzt und zahlreiche Gebäude sind zerstört worden. Die Leichen einiger Verunglückter sind von dem Sturme auf weite Strecken fortgeführt worden. Im Thale des Ohio hat das Unwetter die Leiden der Opfer der letzten Ueberschwemmungen bedeutend erhöht, man fürchtet, daß viele Personen untermommen sind. — Mit dem heute hier eingetroffenen Dampfer „Freia“ sind die Leichen des Kommandanten der „Jeannette“, Kapitän Delong und der mit ihm verunglückten Kameraden gelandet worden.

x. Stadtverordneten-Sitzung

am 21. Februar.

Anwesend sind 21 Stadtverordnete, und zwar die Herren: Brod-nitz, Gapski, Glagel, Herr, Jäckel, B. Jaffe, v. Jazdzemski, Ab. Kantorowicz, Krieten, König, Dr. Landsberger, Dr. Lebinski, Bigner, Man-beimer, Müller, Prausnitz, Dr. Rehfeld, Rößel, Rosenfeld, Schweiger, Ziegler; von Magistrats-Rathgebern sind Stadtrath v. Golebowski und Stadtbaurath Brüder zugegen. — Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende, Stadtv. B. Jaffe, einige geschäftliche Mittheilungen. Seitens der hiesigen selbständigen Kaufleute und Handlungsgehilfen ist bekanntlich vor Kurzem eine Versammlung abgehalten worden, in welcher beschlossen wurde, die städtischen Behörden zu ersuchen, von dem ihnen zustehenden Rechte, den Kranken-versicherungszwang auch auf Handlungsgehilfen und Lehrlinge zu erstrecken, keinen Gebrauch zu machen. Die Petition jener Versammlung ist Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung zugegangen. Nachdem Stadtv. Manbeimer dieselbe verlesen, wird damit die Angelegenheit für vorläufig erledigt erachtet. — Nach Mittheilung des Magistrats ist der Armenetat pro 1883/84 bedeutend überschritten worden, und zwar wird sich diese Ueberschreitung voraussichtlich auf 17 400 M. herausstellen. Die Angelegenheit wird der Finanzkommission überwiesen. — Es wird hierauf in der Feststellung der Etats pro 1883/84 fortgefahren.

Ueber den Etat für die Gasanstalt berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtverordneter Herr J. Eine Debatte findet dabei nur über Art. III, öffentliche Beleuchtung statt. Magistrat hat für die Gasbeleuchtung 69 300 M. gegen 68 000 M. im Vorjahr beantragt. Stadtv. Brod-nitz weist darauf hin, daß die Stadt in Betr. der Kosten für die öffentliche Beleuchtung gleich nach Berlin rangire, und 102 Pf. pro Kopf jährlich für dieselbe verausgabe, während z. B. in Frankfurt a. D. die Kosten nur 38 Pf. betragen. Es werde eine erhebliche Ersparniß durch Einschränkung der Beleuchtung während der Nachtzeit erzielt werden können. Die Versammlung möge demnach die beantragte Mehrausgabe ablehnen. — Stadtv. Jäckel dagegen weist darauf hin, daß bei Beurtheilung der Beleuchtung nicht allein die Kopfzahl der Bevölkerung, sondern auch die Breite der Straßen und sonstige Verhältnisse in Betracht zu ziehen seien und befürwortet die Erhöhung der Kosten für die öffentliche Beleuchtung gemäß dem Magistratsantrage. Die beantragte Mehrausgabe wird von der Versammlung bewilligt. — Der Etat wird folgendermaßen festgestellt: Einnahme Zinsen 16 423 M., Mieten 8200 M., Gasleitungen 9555 M., öffentliche Beleuchtung: Gasbeleuchtung 69 300 M., Petroleumbeleuchtung 1200 M., Summa 70 500 M.; Privatbeleuchtung 261 230 M. (gegen 249 730 M. im Vorjahr); für Roaks 86 000 M. (gegen 99 000 M. im Vorjahr); Stein-toblenztheer 24 000 M. (gegen 22 000 M. im Vorjahr), Ammoniakwasser 1500 M., Summa 111 500 M. (gegen 122 500 M. im Vorjahr); für Privateinrichtungen durch die Werkstat 6000 M.; unvorhergesehene Einnahmen 150 M. — Ausgaben: Verwaltungskosten: persönliche Ausgaben 23 972 M., sächliche Ausgaben 2000 M., zur Disposition der Direktion 1600 M., Summa 27 472 M.; für Gasbereitung 202 560 M. (gegen 209 500 M. im Vorjahr), davon für Stein-toblenz 129 300 M. (gegen 123 200 M. im Vorjahr), für Roaks 35 700 M.,

für Betriebslöhne an die Fabrikarbeiter 29 800 M.; für öffentliche Beleuchtung 14 110 M.; für Unterhaltung der Anlagen und Geräte 18 350 M.; für Mieten, Abgaben und Lasten 11 930 M.; für Werkstat 9000 M.; insgemein 400 M.; Verwendung des Ueberschusses und Kosten der Straßenbeleuchtung 69 300 M.; baar als Ueberschuß 1 226 M. (gegen 114 241 M. im Vorjahr), Summa 191 536 M. (gegen 182 241 M. im Vorjahr). Der Etat balancirt danach in Einnahme und Ausgabe mit 475 358 Mark (gegen 472 568 M. im Vorjahr).

Ueber den Etat für die Wasserwerke berichtet im Namen der Kommission Dr. Lebinski und wird danach dieser Etat folgendermaßen festgestellt: Einnahme: A. Runkwasserleitung. Zinsen 3232 M.; Wasserabgabe zu öffentlichen Zwecken 8400 M. (gegen 8800 M. im Vorjahr); Wasserzins 104 900 M. (gegen 101 800 M. im Vorjahr); Werkstat: für Privateinrichtungsstücke 3650 M.; vermischte Einnahmen 160 M. Ausgabe: Verwaltungskosten: persönliche Ausgaben 9022 M., sächliche Ausgaben 400 M., zur Disposition der Direktion 1000 M., Summa 10 422 M. Wasserhebung 28 417 M. (gegen 26 130 M. im Vorjahr); Unterhaltung der Anlagen und Geräte 12 450 M.; Mieten, Abgaben und Lasten 9458 M.; Werkstat: für Privateinrichtungsstücke 3500 M. (gegen 2000 M. im Vorjahr); ins-gemein 4550 M. (gegen 12 950 M. im Vorjahr, wo 8700 M. als Rate zur Erweiterung der Wasserwerke zu zahlen waren); Verwendung der Ueberschüsse: 51 545 M. (gegen 44 117 M. im Vorjahr), davon 39 145 M. (gegen 32 041 M. im Vorjahr) baar als Ueberschuß. Summa der Einnahme und Ausgabe bei der Runkwasserleitung 120 342 M. (gegen 116 358 M. im Vorjahr). B. Quellenleitung: Einnahme und Ausgabe 2 000 M. Der Etat balancirt danach im Einnahme und Ausgabe mit 123 142 M.

Zur Beschaffung von eisernen Bettstellen, Dienstk-leidung und Ausrüstungsstücken für Druckmannschaften der städtischen Feuerwehr waren von der Versammlung die Mittel bewilligt worden, jedoch nicht in der Höhe, wie der Magistrat es beantragt hatte. Da nun bei dem Submissionsverfahren es nicht gelungen ist, die betreffenden Gegenstände für die bewilligten Beträge zu erhalten, so beantragt demnach Magistrat die nachträgliche Bewilligung der Mehrausgaben, und zwar 153,60 M. für Bettstellen, 200 M. für Dienstkleidung und Ausrüstungsstücke. Nachdem Stadtv. Kantorowicz hierüber im Namen der Finanzkommission berichtet hat, werden die angegebenen Beträge bewilligt.

Bei Tit. VI. Nr. 4 des Rammerei-Etats pro 1883/84 (Pferde- und Viehmarkt 10 M.) sind für Barrieren zc. Mehrausgaben in Höhe von 31,50 M. erwachsen, die, nachdem Stadtv. Schweiger hierüber berichtet hat, bewilligt werden.

Die Vergebung der Lieferung der Konsumtibilien für die städtischen Anstalten hat im Wege der Submission in geordneter Weise stattgefunden. Magistrat beantragt, die Versammlung möge den Mindestfordernden (mit Ausnahme bei den Bachwaaren wo der Höchst-Mindestfordernde empfohlen wird) den Zuschlag erteilen. Die Versammlung erklärt sich, nachdem Stadtv. Manbeimer über die Angelegenheit berichtet hat, hiermit einverstanden. Es erhalten demnach den Zuschlag: für Bachwaaren Bäckermeister Frost, für Fleisch Fleischermeister Dirsch, für Kolonialwaaren Kaufmann Blumenthal, für Mehl Kaufmann Beyler, für Kartoffeln Kaufmann Beyler, für Salz Kaufmann Nisch, für Butter Kaufmann Reich, für Milch Guts-besitzer Wille, für Bier Kaufmann Blumenthal, für Wein Kaufmann Polener u. Cohn, für Seife Kaufmann Schläger.

An die öffentliche Sitzung, welche 6 1/2 Uhr Abends ihr Ende erreicht, schließt sich noch eine geheime Sitzung.

Vocales und Provinzielles.

Bosen, 22. Februar.

d. [Die Polen und die Freimaurerei.] In einer französischen lithographirten Korrespondenz, welche sich mit der bekannten Aufforderung der 74 polnischen Notabeln zur Sparsamkeit während des diesjährigen Karnevals beschäftigt, wird unter Anderem gesagt: Die Freimaurerei setze das katholische Frankreich Gefahren aus, welche nicht minder verderblich seien, als die Gefahren, welche vor einem Jahrhundert den Untergang Polens veranlaßten. Zu dieser Stelle bemerkt der „Dziennik Pognanski“:

Was Polen betrifft, so bemerken wir lediglich vom historischen Standpunkte und in der Absicht einer nur faktischen Berichtigung, daß wir eine gegenwärtige polnische Freimaurerei gar nicht kennen, und von deren Existenz nichts wissen, daß dagegen die frühere Freimaurerei, namentlich nach dem Verluße unserer nationalen Unabhängigkeit, nicht ein Protest gegen den Katholizismus, sogar nicht einmal eine Offenbarung irgend eines kosmopolitischen Humanitarismus, sondern einfach nur eine Art von Sicherheitsmaß für die Arbeiter und Bemühungen um Erringung der nationalen Unabhängigkeit war.

d. Der polnische Vorkaufverein hiersebst, der bedeutendste aller polnischen Vorkaufvereine, zählt gegenwärtig 723 Mitglieder. Er hatte im Jahre 1883 einen Umlauf von 7 323 466 M.; die Einnahmen betragen 95 000 M., die Depositen 675 000 M., der Reservefonds 70 000 M.; das Grundstück, welches der Verein besitzt, hat einen Werth von 90 000 M. Der Verein gewinnet pro 1883 beziffert sich auf 14 000 M. Direktor des Vereins ist Herr Fel. Rakowski, Kassirer Herr Joseph Wache, Kontrolleur Herr Kortak, Vorsitzender des Aufsichtsraths Dr. Kusztelan.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Dresden, 21. Febr. In der heute stattgefundenen Aufsichtsrathssitzung der Dresdener Bank wurde die Bilanz pro 1883 vorgelegt. Dieselbe ergibt inkl. des Vortrags von 200 869 einen Bruttogewinn von 3 639 324 M. oder nach Abzug der Handlungsunkosten, Steuern und Abschreibungen einen Nettogewinn von 2 638 582 M. Der am 20. März einuberufenden Generalversammlung wird eine Dividende von 8 pCt. und eine außergewöhnliche Abschreibung auf das Berliner Bankgrundstück von 230 000 M. vorgeschlagen werden. Der Gewinn setzt sich zusammen aus Zinsen- und Wechselkonto mit 1 767 393, Provisionskonto inkl. Wechselstube mit 1 196 231, Effektenkonto mit 467 779, Quasimiethe mit 7051 M.

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 22. Febr. [Priv.-Telegramm b. „Pos. Ztg.“] Das „Journ. de St. Petersburg“ bemerkt die Meldung des „Gorob“ von der Gründung mehrerer Bankinstitute in Petersburg durch Ausländer. Auch Rothschild habe eine solche Absicht nicht. Es handle sich nur um den Uebergang einer Privatbank an ein Consortium russischer und ausländischer Bankiers.

Berlin, 21. Febr. Nach einem hier eingetroffenen Telegramm ist Sr. Kgl. Hoheit der Prinz Heinrich von Preußen am Bord S. M. S. „Olga“, glücklich in Plymouth eingetroffen.

Dresden, 21. Febr. Die zweite Kammer genehmigte

unverändert nach der Regierungsvorlage den gesammten Etat der sächsischen Staatsbahnen. Hierbei wurde gleichzeitig der Antrag der Regierung angenommen, die preussischen Gütertarifsätze und zwar sowohl die Streckensätze, als auch die Expeditionsgebühren, letztere nach den westlichen preussischen Staatsbahnen, vom 1. April 1884 an auf den sächsischen Staatsbahnen einzuführen.

München, 21. Februar. Die Kammer der Reichsräthe hat den Antrag des Abg. Kessler betreffend die Beschränkung der Verehelichungsfreiheit an den Ausschuss verwiesen und den Antrag des Abg. v. Soden betreffend eine größere Vertretung der Landwirthe im Eisenbahnrathe mit großer Majorität abgelehnt. Das Gesetz betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter wurde einstimmig angenommen.

Karlsruhe, 21. Febr. In der zweiten Kammer erklärte Ministerialdirektor Eichenlohr gelegentlich der Debatte über die Weinfälschung, daß sich beim Bundesrath ein Gesetz in Vorbereitung befinde bezüglich der Präzisierung der erlaubten und der strafbaren Manipulationen bei der Weinverbesserung.

Wien, 21. Febr. Wie die „Presse“ erfährt, wird im Abgeordnetenhause in den nächsten Tagen eine Regierungsvorlage eingebracht werden betreffend den Bau einer Eisenbahn von Metkovich nach Mostar. Die Baukosten sollen den Aktiven des Reichs entnommen und der bosnischen Landesregierung vorschußweise zur Verfügung gestellt werden.

Paris, 21. Febr. Die Deputirtenkammer hat die Wahl des für das Arrondissement Boboë gewählten Deputirten Galtier für gültig erklärt. Zum Bau einer Eisenbahn von Dakar nach St. Louis am Senegal wurde von der Kammer ein Kredit von 5 Millionen Fracs. bewilligt. — Gutem Vernehmen nach wird das Ministerium, um das Gleichgewicht im Budget zu erhalten, bei der Kammer den Ausschub desjenigen Theils des Bert'schen Gesetzes beantragen, durch welchen die Gehalte der Lehrer erhöht werden. — Der Dichter Coppée und v. Lesseps sind zu Mitgliedern der Akademie gewählt worden. — Aus Denain wird ein partieller Strike unter den Arbeitern in den Kohlengruben gemeldet, Unordnungen haben aber bis jetzt nicht stattgefunden.

Rom, 21. Febr. Die Deputirtenkammer berathet heute über den Gesetzentwurf betreffend die Reorganisation des höheren Unterrichts. Zu dem von der Lehrfreiheit der Professoren handelnden Artikel waren mehrere Amendements eingebracht worden, von der Kammer wurde indeß die von Martini beantragte einfache Tagesordnung, welcher das sich mit dem Unterrichtsminister für solidarisch erklärende Ministerium zugestimmt hatte, in namentlicher Abstimmung mit 122 gegen 86 Stimmen angenommen. Im Hause waren nur 211 Deputirte anwesend.

Rom, 21. Febr. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht den Wortlaut des Urtheils des Kassationshofs vom 29. v. M. in Sachen der Güter der Congregation de propaganda fide.

Belgrad, 21. Febr. Der König hat dem Kriegsminister Petrovic für dessen Verdienste bei der Reorganisation der Armee, bei der Förderung der Disziplin unter den Truppen und bei der Bewältigung des Aufstandes seinen Dank in einem eigenhändigen Handschreiben ausgesprochen und demselben zugleich den Tatowarorden erster Klasse mit Schwertern verliehen.

Berlin, 22. Febr. Die Wahlprüfungskommission erklärte die Wahlen Korsch's, Böller'samb's (neunten Königsberger Wahlbezirk) für gültig; die Wahl von Synler's (fünftens Gumbinner) für ungültig; sie erklärte ferner für ungültig sämtliche Wahlmännerwahlen des Kreises und der Stadt Angerburg und beschloß, dem Plenum anzupfehlen, die Regierung aufzufordern, gegen den Regierungspräsidenten Steinmann in Gumbinnen wegen Amtsmißbrauch zwecks Wahlbeeinflussung die strafrechtliche Untersuchung zu veranlassen.

London, 21. Febr. [Unterhaus.] Der Sprecher verliest ein Schreiben Bradlaugh's, worin sich dieser verpflichtet, nicht früher zu verfahren, seinen Sitz einzunehmen, bis die Gerichte entschieden, ob seine jüngste Eidesleistung legal sei. Northcote beantragt hierauf die Erneuerung der Resolutionen vom 11. d. Mts. Gladstone bekämpft den Antrag Northcote's. Pease stellt die Vorfrage; letztere wird mit 226 gegen 173 Stimmen verworfen und Northcote's Antrag angenommen. Bradlaugh wird hierauf aufgefordert, sich zurückzuziehen und thut dies unter Protest.

London, 21. Febr. Die vom Oberhause angenommenen Amendements zur Vieheinfuhrbill machen das Vieheinfuhrverbot obligatorisch, wenn die Regierung nicht überzeugt ist, daß das betreffende Land seuchenfrei ist und Gesundheitsgesetze die Seuchen verhindern. Ferner ist dem Gesetze durch die Amendements anstatt einer zweijährigen Gültigkeit eine permanente Gültigkeit verliehen worden.

Suakin, 21. Febr. Das Transportschiff „Neera“ ist mit den Mannschaften des 19. Husarenregiments gestrandet. Die Mannschaften werden vom „Red River“ aufgenommen.

Suakin, 21. Febr. Der „Ranger“ ist von Trinitat hier angekommen und berichtet, die Rebellen feuerten einige Schüsse auf das Schiff bei seiner Abreise. Die Rebellen waren heute sichtbar; östlich von Suakin verscheuchte Oberst Burnaby rasch mit seinen Abessyniern dreißig Rebellen, welche sich der Stadt näherten. Die „Secla“ bewacht gegenwärtig die „Neera“, welche 20 Meilen von Suakin gestrandet ist.

Hamburg, 20. Febr. Der Postdampfer „Frisia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaft ist heute Morgen 10 Uhr in Newyork eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen. Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Warthe. Posen, am 21. Februar Morgens 2,06 Meter. „ „ 21. „ Mittags 2,06 „ „ 22. „ Morgens 2,00 „

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Table with 5 columns: Datum Stunde, Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 82 m Seehöhe, Wind, Wetter, Temp. i. Cel. Grad. Rows for 21. Nachm. 2, 21. Abds. 10, 22. Morgs. 6.

Am 21. Wärme-Maximum: + 6° Cels.

Wärme-Minimum: + 1° 5'

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 21. Febr. (Schluß-Course.) Still. Lond. Wechsel 20,42. Pariser do. 81,15. Wiener do. 168,35. R.-M. S.-M. Weinische do. —. Hess. Lubnigsh. 109. R.-M.-R.-Anth. 126 1/2. Reichsbank 102 1/2. Reichsbank 148 1/2. Darmst. 153 1/2. Meining. Pf. 94 1/2. Dett.-ung. Bank 711,50. Kreditaktien 265 1/2. Silberrente 68 1/2. Papierrente 67 1/2. Goldrente 85 1/2. Ung. Goldrente 76 1/2. 1860er Loose 118 1/2. 1864er Loose 115,00. Ung. Staatsl. 222,50. do. O.B.-O.B. II. 98 1/2. Böhm. Westbahn 255. Elisabethb. —. Nordwestbahn 153 1/2. Galizier 247 1/2. Franzosen 262 1/2. Lombarden 119 1/2. Italiener 93 1/2. 1877er Russen 91 1/2. 1880er Russen 73 1/2. II. Orientanl. 57 1/2. Centr. Pacific 110 1/2. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 57 1/2. Wiener Bankverein 94 1/2. 5% österreichische Papierrente 79 1/2. Buschradler —. Egypter 67 1/2. Gotthardbahn 97 1/2. Türken 9. Edison 117 1/2. Biscad. - Biscener 156 1/2. Loth. Eisenwerke —. Marienburg-Mlawka —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 265 1/2. Franzosen 263 1/2. Galizier 247 1/2. Lombarden 119 1/2. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Egypter 67 1/2. Gotthardbahn —. Spanier —. Marienburg-Mlawka —. 1880er Russen —.

Wien, 21. Febr. Ungar. Kreditaktien 310,50, österr. Kreditaktien 308,70, Franzosen 312,10, Lombarden 143,00, Galizier 294,00, Nordwestbahn —, Elbthalbahn 189,25, österr. Papierrente 79,60, österr. Goldrente 101,30, 6proz. ung. Goldrente —, 5proz. do. Papierrente —, 4proz. ung. Goldrente 90,45, Marknoten 59,42 1/2, Napoleons 9,63, Wiener Bankverein 106,75. Still.

Wien, 21. Febr. (Schluß-Course.) Auf Berlin schwächer. Papierrente 79,57 1/2, Silberrente 80,65, Dester. Goldrente 101,45, 6proz. ungarische Goldrente 122,00, 4proz. ung. Goldrente 90,25, 5proz. ung. Papierrente 87,90, 1854er Loose 123,50, 1860er Loose 135,70, 1864er Loose 172,50, Kreditloose 173,00, ung. Prämien 115,70, Kreditaktien 306,90, Franzosen 311,20, Lombarden 142,90, Galizier 293,00, Rasth.-Dorb. 146,50, Pardubitzer 149,00, Nordwestbahn 182,50, Elisabethbahn 230,20, Nordbahn 2665,00, Dester. Ung.-Bank —, Tür. Loose —, Unionbank 111,00, Anglo-Austr. 114,80, Wiener Bankverein 106,60, Ungar. Kredit 309,70, Deutsche Plätze 59,40, Londoner Wechsel 121,75, Pariser do. 48,20, Amsterdamer do. 100,20, Napoleons 9,63 1/2, Dukat 5,67, Silber 100,00, Marknoten 59,40, Russische Banknoten 1,18, Bemberg-Garnowig —, Kronpr.-Rudolf 178,00, Franz-Josef —, Durg. Bodendach —, Böhm. Westb. —, Elbthalb. 189,50, Tramway 231,50, Buschradler —, Dester. 6proz. Papier 94,95.

Wien, 21. Febr. (Abendbörsen.) Ungarische Kreditaktien 310,25, österreichische Kreditaktien 307,00, Franzosen 311,75, Lombarden 142,75, Galizier 293,75, Nordwestbahn 182,50, Elbthalb. 189,75, österr. Papierrente 79,62 1/2, do. Goldrente 101,45, ung. 6proz. Goldrente 121,90, do. 4proz. Goldrente 90,30, do. 5proz. Papierrente —, Marknoten 59,32 1/2, Napoleons 9,62 1/2, Bankverein 106,80. Still.

Paris, 21. Febr. (Schluß-Course.) Unentschieden. 3proz. amortis. Rente 77,22 1/2, 5prozent. 76,12 1/2, 4prozentige Anleihe 105,55, Italienische 5proz. Rente 92,65, Dester. Goldrente 85 1/2, 6proz. ung. Goldrente 102 1/2, 4proz. ung. Goldrente 75 1/2, 5proz. Russen de 1877 93 1/2, Franzosen 650,00, Lombard. Eisenbahn-Aktien —, Lombard. Prioritäten 294,00, Türken de 1865 8,62 1/2, Türkenloose 41,50, III. Orientanleihe —. Credit mobilier —, Spanier neue 60 1/2, Suezkanal-Aktien 2010, Banque ottomane 645, Credit foncier 1227,00, Egypter 337,00, Banque de Paris 835, Banque d'escompte 520,00, Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,24, 5proz. Rumänische Anleihe —. Foncier Egyptien 522,00.

London, 21. Febr. Preuß. Consols 100 1/2, Consols 101 1/2, Türken 8 1/2, 1873er Russen 87 1/2, 6proz. ung. Goldrente 101 1/2, 4proz. ung. Goldrente 75, Egypter 66 1/2, Ottomanbank 15 1/2, Silber 51 1/2, Lombarden —, Suezaktien —.

In die Bank flößen heute — Pfd. Sterl.

London, 21. Febr. Consols 101 1/2, Italienische 5prozentige Rente 91 1/2, Lombarden 12 1/2, 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 88, 5proz. Russen de 1872 87 1/2, 5proz. Russen de 1873 86, 5proz. Türken de 1865 8 1/2, 4proz. fundirt. Amerik. 126 1/2, Desterreichische Silberrente 66 1/2, do. Papierrente —, 4proz. Ungarische Goldrente 75 1/2, Dester. Goldrente 84 1/2, Spanier 60 1/2, Egypter neue —, do. unif. 66 1/2, Ottomanbank 15 1/2, Preuß. 4proz. Consols 100 1/2, Rubig.

Suez-Aktien 80, Silber —, Maxdiskont 3 1/2 pSt. Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,66, Wien 12,31, Paris 25,45, Petersburg 22 1/2.

Petersburg, 21. Febr. Wechsel auf London 23 1/2, II. Orientanleihe 93 1/2, III. Orientanleihe 93 1/2, Privatdiskont —, pSt. Neue Goldrente 165 1/2.

Produkten-Markt.

Köln, 21. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 18,50, fremder 19,00, per März 17,60, per Mai 18,05, Juli 18,40. Roggen loco hiesiger 14,50, per März 13,85, per Mai 14,30, per Juli 14,55. Hafer loco 14,00. Rüböl loco 35,00, per Mai 33,70.

Hamburg, 21. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert, auf Termine flau, per April-Mai 174,00 Br., 173,00 Gd., per Mai-Juni 176,00 Br., 175,00 Gd. — Roggen loco unverändert, auf Termine flau, per April-Mai 132,00 Br., 131,00 Gd., per Mai-Juni 132,00 Br., 131,00 Gd. — Hafer und Gerste unverändert. — Rüböl rubig, loco 66,00, per Mai 66,00. — Spiritus leblos, per Februar 38 1/2 Br., per März 39 Br., per April-Mai 39 1/2 Br., per Mai-Juni 39 1/2 Br. — Kaffee matt, geringer Umsatz. — Petroleum rubig, Standard white loco 8,15 Br., 8,00 Gd., per Februar 8,00 Gd., per März 7,90 Gd. — Wetter: Trübe.

Bremen, 21. Februar. Petroleum (Schlußbericht.) Niedriger. Standard white loco 7,70 a 7,65 bez., per März 7,70 a 7,65 bez., per April 7,80 Br., per Mai 7,90 Br., per August-Dez. 8,40 Br.

Wien, 21. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen per Febr. 9,80 Gd., 9,85 Br., per Frühjahr 9,90 Gd., 9,95 Br. — Roggen per Frühjahr 8,13 Gd., 8,18 Br., per Mai-Juni 8,22 Gd., 8,27 Br. Mais per Mai-Juni 6,93 Gd., 6,93 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,45 Gd., 7,50 Br., per Mai-Juni 7,50 Gd., 7,55 Br.

Wien, 21. Febr. (Produktenmarkt.) Weizen loco rubig, per Frühjahr 9,46 Gd., 9,48 Br., per Herbst 10,10 Gd., 10,12 Br. Hafer per Frühjahr 6,95 Gd., 6,97 Br. Mais per Mai-Juni 6,60 Gd., 6,62 Br. — Rohtraub —, per August-Sept. —. Wetter: Schön.

Paris, 21. Febr. (Produktenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen rub., per Febr. 23,25, per März 23,50, per März-Juni 24,10, per Mai-August 24,80, Roggen rub., per Febr. 15,50, per Mai-August 16,75, R. bl 9 Marquis rub., per Febr. 48,75, per März 49,10, per März-Juni 50,10, per Mai-August 52,00. — Rüböl weich, per Febr. 76,75, per März 77,00, per März-Juni 76,50, per Mai-August 76,50. — Spiritus weich, per Febr. 44,25, per März 44,75, per März-April 45,25, per Mai-August 46,50. Wetter: Bedeckt.

Amsterdam, 21. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen pr. März —. Roggen per März 161, per Mai 164.

Antwerpen, 21. Febr. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen rubig. Roggen weichend. Hafer unverändert. Gerste still.

Antwerpen, 21. Febr. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 1/2 bez. u. Br., per März — bez., 19 1/2 Br., per April 19 1/2 Br., per Sept.-Dezember — bez., — Br. Weichend.

London, 21. Febr. Havannazucker Nr. 12 20 nominell. — Centrifugal Ruba —.

London, 21. Febr. An der Rüste angeboten 4 Weizenladungen. Wetter: Regen.

London, 21. Febr. Bei der gestrigen Wollauktion waren Preise unverändert.

Güll, 19. Febr. Getreidemarkt. Weizen unverändert. — Wetter: Trübe.

Glasgow, 21. Febr. Robeisen. (Schluß.) Mixed numbers warants 42 lb. 5 d.

Liverpool, 21. Febr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner unverändert, Eurats rubig. Rüböl, amerikanische Februar-März-Lieferung —, März-April-Lieferung —, April-Mai-Lieferung —, Mai-Juni-Lieferung 5 1/2, Juni-Juli-Lieferung —, Juli-August-Lieferung 6 1/2 d.

Leith, 20. Febr. Getreidemarkt. Markt sehr flau. Preise für alle Artikel eher niedriger.

Marktpreise in Breslau am 21. Februar.

Table with 4 main columns: Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation, gute, mittlere, geringe Waare. Sub-columns for different types of goods like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

Kartoffeln, pro 50 Rgr. 3,00—3,25—3,50—3,75 Rgr., pro 100 Rg. 6—6,50—7—7,50 Rgr. pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 Rgr. — Heu, per 50 Rgr. 3,30—3,50 Rgr., — Stroh, per Schock à 600 Rgr. 23,00—25,00 Rgr.

Breslau, 21. Februar. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Kleesaat rothe (per 50 Rg.) unveränd., ordinär rubig 45—47, mittel 48—50, fein 51—55, hochfein 56—59. — Kleesaat weiße (per 50 Rg.) preisalt., ordinär 55—65, mittel 66—80, fein 81—94, hochfein 95—100. — Roggen (per 2000 Pfund) matter. Gefündigt. — Centner. Abgeliefene Rindungsscheine —, per Februar 147,00 Gd., per Februar-März 147,00 Gd., per März-April —, per April-Mai 147,00 bez. Br., per Mai-Juni 143,50 Br., per Juni-Juli 150 Br., per Juli-August 151 Br. — Weizen Gefündigt — Centner, per Februar 186 Br. — Hafer Gefündigt — Centner, per Febr. 128 Br., per April-Mai 131 Br., per Mai-Juni 134 Br., Juni-Juli 136 Br. — Raps Gefündigt — Centner, per Februar 298 Br. — Rüböl Gefündigt. — Gr., loco in Quantitäten à 5000 Rg. 68,00 Br., per Febr. 66,00 Br., per Februar-März 65,50 Br., per April-Mai 66,00 Br., per September-Oktober 62,00 Br. — Spiritus Gefündigt. — Liter, per Februar 47,40 bez. Gd., per Febr.-März 47,40 bez. Gd., per März-April —, per April-Mai 48,50 Gd., per Mai-Juni 48,80 Gd., per Juni-Juli 49,60 Gd., per Juli-August 50,60 Gd. Br., per August-September 50,90 Br., per September-Oktober 49,50 Gd.

Zink: (per 50 Kilo) schlesische Vereinsmarken auf Lief. 14,20 bez. Die Hirten-Kommission.

Breslau, 21. Febr., 9 1/2 Uhr Vormittags. [Privatbericht.] Landzufuhr und Angebot aus zweiter Hand war mäßig, die Stimmung im Allgemeinen sehr rubig.

Weizen in rubiger Haltung, per 100 Kilogramm schlesischer weißer 16,40—18,60—19,70 Rgr., gelber 16,25—17,00—17,90 Rgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen nur feine Qualitäten behauptet, bezahlt wurde per 100 Rilo netto 14,20—14,70—15,30, feinstes über Notiz. — Gerste schwache Kauflust, per 100 Kilogramm 12,80 bis 13,80 Rgr., weiße 15,30—16,00 Rgr. — Hafer behauptet, per 100 Rilo 12,30—13,30—14,00 Rgr., feinstes über Notiz bezahlt. — Mais ohne Aenderung, per 100 Kilogramm 12,50—13,00 bis 14,00 Rgr. — Erbsen schwach gefragt, per 100 Kilogramm 15,80 bis 17,00—18,80 Rgr., Viktorien 19,00—21,00—22,00 Rgr. — Bohnen preisaltend, per 100 Kilogramm 18,00—19,00—20,00 Rgr. — Lupinen preisaltend, gelbe per 100 Kilogramm 8,80—9,10—9,50 Rgr., blaue 8,60—9,00—9,30 Rgr. — Wicken preisaltend, per 100 Rilo 14,00—14,50—15,00 Rgr. — Delsaaten in rubiger Haltung. Schlaglein in fester Stimmung. — Schlagleinsaat per 100 Kilogr. 18,50—21,00—22,50 Rgr. — Winterraps per 100 Kilogr. 26,75—28,25—29,30 Rgr. — Winterrüben per 100 Kilogramm 26,50—28,00—28,50 Rgr. — Sommerrüben per 100 Kilogramm 26,00—27,00—28,00 Rgr. — Leinbotten per 100 Kilogramm 20,00—21,50—22,50 Rgr. — Rapsfuchen fest, per 50 Kilogramm 7,50—7,70 Rgr., fremde 7,00—7,40. — Leinfuchen unverändert, per 50 Kilogr. 8,50 bis 8,80 Rgr., fremde 7,40—8,20 Rgr. — Kleesamen schwacher Umsatz, rother rubig, per 50 Kilogramm 49—52—56—60 Rgr., weißer unverändert, per 50 Kilogr. 64—72 bis 83—94 Rgr., hochfein über Notiz. — Schwedischer Kleesamen rubig, per 50 Kilogramm 63—76—93 Rgr. — Tanen-Kleesamen unverändert, per 50 Kilogramm 65—74—80 Rgr. — Thymothee behauptet, per 50 Kilogramm 20—21—24 Rgr.

Stettin, 21. Febr. [An der Börse.] Wetter: Trübe und regnig. + 4° R. Barometer 28,2. Wind: SW.

Weizen matt, per 1000 Rilo loco gelb u. weiß 165—180 R. bez., per April-Mai 179—178,5 R. bez., per Mai-Juni 180,5 R. bez., per Juni-Juli 182 R. bez., per Juli-August 184,5—183,5—184 R. bez., per Sept.-Okt. 186,5 R. bez. — Roggen flau, per 1000 Rilo loco inländ. 135—142 R., russischer 140—142 R., per April-Mai 143,5—143 R. bez., per Mai-Juni 144—143,5 R. bez., per Juni-Juli 145,5—144,5 R. bez., per Juli-Aug. 146,5—146 R. bez., per Sept.-Okt. 147,5—147 Rgr. bez. — Gerste behauptet, per 1000 Kilogramm loco Oberbruch, Märkische und Pommerische 134—140 R., Futter 124—130 R., Brau 145—163 R. — Hafer unverändert, per 1000 Rilo loco 130—140 R. bez. — Winterraps per 1000 Rilo loco — R., geringer — R. bez. — Winterrüben ohne Handel. — Rüböl matter, per 100 Rilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 66 R. Br., per Februar 64,5 R. Br., per April-Mai 64,5 R. Br., per September, Oktober 61,5 R. Br. — Spiritus still, per 10,000 Liter-pSt. loco ohne Faß 47,2 R. bez., abgeliefene Anmelungen —, Lieferung mit Faß — R., per Febr. 47,5 R. Br. u. Gd., per Februar-März — R., per April-Mai 48,2 R. Br. u. Gd., per Mai-Juni 48,7 Br. u. Gd., per Juni-Juli 49,4 R. Br. und Gd., per Juli-August 50,1 R. Br. u. Gd. — Angemeldet: — Br. Weizen, — Br. Roggen, — Br. Hafer, — Liter Spiritus, — Petroleum. — Regulirungspreise: Weizen — R., Roggen — R., Hafer — R., Rüböl 64,5 R., Spiritus 47,5 R. — Petroleum loco 8,5 R. tr. bez., Regulirungspreis 8,5 R. tr., alte Usanz 8,8 R. bez. (Offic.-Ztg.)

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Febr. Wind: SW. Wetter: Schön. Die von auswärts vorliegenden Berichte sind meist klaren Inhalts, aber sie wirken im hiesigen Verkehr wenig nachhaltig. Kolo-Weizen in feiner Waare schwach angeboten. Termine...

bei, per April-Mai 174-174,5 M. bez., per Mai-Juni 176,25 bis 176,5 M. bez., per Juni-Juli 178,5 M. bez., per Juli-August 180,5 M. bez., per Septbr.-Oktober 183,5 M. bez. Durchschnittspreis - M. Gefündigt - Zentner. Roggen per 1000 Kilogramm loco 136-154 nach Qualität...

Sack. Kolo und per diesen Monat 21,25 M., per Februar-Mai, per März-April 21,25 M., 21,5 M., per April-Mai - M., per Mai-Juni - M., per Juni-Juli - M., per Juli-August - M. Feuchte Kartoffelstärke pro 100 Kilogramm brutto inkl. Sack...

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 21. Febr. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten Kursen auf spekulativem Gebiet. In dieser Beziehung waren namentlich die vorliegenden festen Zinsen...

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten sich zumeist gut behaupten und theilweise etwas steigen. Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige zeigten bei fester Gesamthaltung theilweise regeren Verkehr.

Deutsche und preussische Staatsfonds verkehrten in fester Haltung ruhig; inländischen Eisenbahn-Prioritäten fest und theilweise gefragt. Banfaktien waren ziemlich fest und ruhig; Diskonto-Kommandit-Antheile und Deutsche Bank schwächer.

Uebersichtlicher Satz: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien, Berlin-Dresd. v. St., Dtsch. Reichs-Anl., Fonds- und Staats-Papiere, Hypotheken-Certificate, Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen, Bank-Aktien, Industrie-Aktien. Each column contains various financial instruments and their corresponding prices.